

(Kap. 6) nachgehen, ist es hilfreich, kurz die wahrheitsskeptischen Konturen des demokratischen Zeitalters nachzuzeichnen und den radikaldemokratischen Gehalt kritischer Befragungen anzudeuten. Dabei wird es zudem auch möglich sein, bereits ein wenig Licht auf einige Fragen und Gegenstandsbereiche, die uns in den folgenden Kapiteln beschäftigen werden, zu werfen.

b. Kontingenz und Wahrheitsverlust: Das demokratische Zeitalter und die Perspektiven radikaler Demokratie

Claude Lefort hat immer wieder mit großem Nachdruck auf den Umstand aufmerksam gemacht, dass die Bewegungen des Politischen als Prozess einer politischen Instituierung von Gesellschaft zu begreifen sind. In ganz ähnlicher Weise lassen sich Rancières Überlegungen zur politischen Konstitution von Welt als Hinweis auf die politische Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse verstehen. Beide Autoren richten dabei ein besonderes Augenmerk auf die anhaltende Möglichkeit einer kritischen Befragung bestehender institutioneller Ordnungen¹³, aus der sich deren Umgestaltung und in manchen Fällen sogar deren Subversion ergibt. Diese Öffnungen und Umgestaltungen sind deshalb möglich, weil, mit Rancières Formulierung, die »Grundlegung der Politik« (*le fondement*) gerade in der »Abwesenheit eines Grundes« (*absence de fondement*) besteht;¹⁴ menschliche Gesellschaften haben in diesem Sinne keine feste Verdrahtung in einer höheren Wahrheit, sondern sie sind kontingent – das betrifft nicht nur die möglichen Inhalte politischer Ordnungen,

13 Dies ist, wie schon deutlich geworden sein sollte (vgl. weiter oben 3.), kein spezifischer Zug des politischen Denkens von Lefort und Rancière, vielmehr spielt die Aktivität des kritischen Befragens bei einer ganzen Reihe an Positionen eine entscheidende Rolle, die entweder dem Diskurs des Politischen und der radikalen Demokratie zuzuordnen sind oder diesen inspirieren. Vgl. zur Rolle dieser Kritik für den Diskurs der radikalen Demokratie: Oliver Flügel-Martinsen, *Kritik*.

14 Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*, 28 (frz. 36).

sondern auch deren Verfahrensweisen und die Normen, die diese Verfahren tragen. Das alles bleibt deshalb dauerhaft kontestierbar. Die Besonderheit des demokratischen Zeitalters besteht nun schlicht darin, dass die Situiertheit sozialer Ordnung jenseits von Wahrheit offenbar wird.

Leforts Analysen zur Beziehung zwischen Demokratie und Totalitarismus scheinen mir hier als Ausgangspunkt der Problemanalyse ausgesprochen instruktiv zu sein. Lefort beschreibt das demokratische Zeitalter zunächst als eine Epoche, in der die Kontingenz politischer und sozialer Institutionen bemerkt wird. Die oben diskutierte Kontingenzdiagnose (vgl. Kap. 2) meint nämlich nicht, dass Gesellschaften erst ab einem bestimmten Zeitpunkt kontingent werden, während sie es zuvor nicht waren. Vielmehr bezieht sich die Kontingenzdiagnose auf ein Selbstverhältnis: Demokratische Gesellschaften beschreiben sich selbst als kontingent. Dieses Innewerden der Kontingenz ist demnach das historische Novum. Deshalb ist die Mitte der Macht in diesen Gesellschaften in einem sinnverbürgenden Verständnis leer: Sie institutionalisieren statt einer verkörperten Macht den Konflikt um die Besetzung der Position der Macht als dauerhaften Konflikt.¹⁵ Damit ist die demokratische Gesellschaft aber eine körperlose Gesellschaft (*société sans corps*¹⁶) und setzt sich der bereits angesprochenen dauerhaften Befragung aus. Aus diesem Fehlen der Verkörperung und der mit ihr einhergehenden, aus Leforts Sicht demokratietheoretisch entscheidenden Disharmonie zwischen jenen, die die Macht temporär innehaben, und der Zivilgesellschaft¹⁷, die die zeitweiligen Inhaber*innen der Macht ebenso wie die von ihnen besetzten Ämter und Institutionen einer steten Befragung unterzieht, entsteht aber zugleich auch die Möglichkeit von Versuchen einer ideologischen Füllung. Lefort beschreibt das als eine totalitäre Versuchung,¹⁸ der sich die Demokratie nicht nur ausgesetzt sieht, sondern die sich

15 Vgl. Claude Lefort, *La question de la démocratie*, 28.

16 Claude Lefort, *La question de la démocratie*, 29.

17 Vgl. Claude Lefort, *Vorwort zu Éléments d'une critique de la bureaucratie*, 49f.

18 Vgl. Claude Lefort, *La dissolution des repères et l'enjeu démocratique*, 561.

geradezu aus der Ungewissheit, die erst das demokratische Zeitalter kennzeichnet, ergibt. Nur dort, wo der Mangel an Fülle spürbar wird, kann sich überhaupt das Bedürfnis ergeben, diesen Mangel zu beheben. Der Totalitarismus, den Lefort dabei vor allem in den Blick nimmt, stellt ebenso wie andere Versuche der ideologischen Füllung, wie sie uns zeitgenössisch etwa in Form religiöser Fundamentalismen oder der Revitalisierung nationalistischer Ideologien begegnen, ein modernes, aus den epistemischen und normativen Bedingungen des demokratischen Zeitalters selbst erst erwachsen- des Phänomen dar. Politische Praxis kann, so gesehen, gerade im demokratischen Zeitalter jederzeit in nicht-demokratische Versuche übergehen. Wir können dafür zwar kein Allheilmittel, ja nicht einmal stabile institutionelle Abwehrmechanismen finden, denn demokratische Praxis lebt ja, wie Leforts Überlegungen auch zeigen, gerade von der Beweglichkeit, die sich aus den Konflikten innerhalb politischer Institutionen und Verfahren, vor allem auch aus dem Konflikt zwischen dem institutionalisierten politischen Betrieb und dem jenseits institutioneller Festlegungen operierenden Politischen ergibt. Weil sich auch die demokratischen Verfahrensordnungen dieser Kontingenz ausgesetzt sehen, bleibt die Demokratie unweigerlich ein Abenteuer, mit dem man zwar den Umgang erlernen kann, das aber immer wieder auch scheitern kann, wie historische Übergänge von demokratischen in autoritäre oder totalitäre Institutionenordnungen ebenso wie die derzeitigen Herausforderungen durch autoritär-rechtspopulistische Bewegungen eindrücklich und beunruhigend illustrieren.

Im Anschluss an Lefort lassen sich aber demokratische und nicht-demokratische politische Praktiken und Forderungen zumindest sehr deutlich unterscheiden: Demokratisch sind politische Bewegungen nämlich nur dann, wenn sie die Kontingenzerfahrung, die Ungewissheit und den sich daraus ergebenden konstitutiven Pluralismus nicht abzuschaffen suchen. Damit liegt auch ein recht sicherer Indikator dafür vor, dass rechtspopulistische Bewegungen den Namen der Demokratie lediglich okkupieren, selbst aber antidemokratisch sind: Sie reklamieren nämlich für sich, das wahre Volk zu vertreten oder gar zu sein und weisen alle anderen Po-

sitionen als illegitim zurück.¹⁹ Wir werden uns zwar damit noch eingehend in den folgenden Kapiteln beschäftigen, können aber bereits an dieser Stelle die Struktur des radikaldemokratischen Arguments gegen die Vereinnahmung der demokratischen Semantik durch rechtspopulistische Parteien und Bewegungen andeuten: Eine der wichtigsten Einsichten radikaler Demokratietheorie ist, dass sich *das* Volk im Singular niemals repräsentieren oder konstituieren lässt²⁰ – Judith Butler trifft einen entscheidenden Punkt, wenn sie die Möglichkeit einer Repräsentation der »Gesamtheit des Volkes« zurückweist und betont: »[V]ielmehr riskiert oder schürt jede Postulierung des Volkes durch eine Versammlung eine Reihe von Konflikten, die wiederum wachsende Zweifel daran aufkommen lässt, wer das Volk wirklich ist.«²¹ Die Evokation von Zweifel und Ungewissheit ist daher die eigentlich demokratische Leistung protestierender Versammlungen im Namen des Volkes und nicht die Herstellung von Gewissheit über die Identität des Volkes. Die populistische Berufung auf das Volk und die mit ihr verbundene Elitenkritik sind deshalb auch keine demokratischen politischen Interventionen: Hier erfolgt keine politische Befragung etablierter Politik, die Offenheit und Ungewissheit anerkennt, sondern es wird eine gleichsam höhere Wahrheit geltend gemacht, die weitere Positionen geradezu überflüssig machen soll und deshalb auch deren gewaltsame Unterdrückung rechtfertigt, wie wir sie dann antreffen, wenn Populist*innen an die Regierungsmacht gelangen.

Auf ähnliche Weise lassen sich auch im Anschluss an Überlegungen Jacques Rancières demokratische politische Subjektivierungen von nichtdemokratischen unterscheiden: Während demokratische Subjektivierungen eine Nichtidentität des in der gegebenen institutionellen und semantischen Ordnung – mit Rancière: der etablierten polizeilichen Ordnung – vorherrschenden Begriffs des Volks mit sich selbst behaupten, um Forderungen im Namen der Gleichheit der Beliebigen zu stellen, zielen rechte, antidemokratische Bewegungen darauf, den Volksbegriff exkludierend zu schlie-

19 Vgl. hierzu bspw. Jan Werner Müller, *Was ist Populismus?*, 26 et *passim*.

20 Vgl. Oliver Flügel-Martinsen, *Radikale Demokratietheorien*, Kap. 5.2.

21 Judith Butler, »*We the people*« – *Gedanken zur Versammlungsfreiheit*, 203.

ßen. Im Unterschied zu diesen substantialistischen und völkischen Verständnissen des nur so genannten demokratischen Volks der Rechtspopulist*innen erheben emanzipatorisch-demokratische politische Subjektivierungsstrategien gerade keine substantiellen Ansprüche. Noch nicht einmal der Begriff der Gleichheit muss hier substantiell vorausgesetzt werden: Die Forderung der Gleichheit ergibt sich nämlich aus der Diagnose einer Kontingenz etablierter polizeilicher Ordnungen und der innerhalb von ihnen artikulierten und wirksamen Begriffsverständnisse. Wenn, wie es Rancière fasst, Beliebige (*n'importe qui*²²) die polizeiliche Ordnung in Frage stellen können, dann ist das nicht deshalb der Fall, weil sie im Besitz einer höheren Wahrheit sind (also etwa behaupten, im Namen des wahren Volkes zu sprechen), sondern weil ihre Befragungen die Kontingenz bestehender Ordnungen und damit deren Andersseinkönnen herausstellen – nicht zuletzt deshalb sind diese radikaldemokratischen Implikationen wahrheitsskeptischer und kontingenztheoretischer Überlegungen auch eine wirkungsvolle argumentative Waffe im Kampf gegen populistische Postfaktizitätsbehauptungen, statt sie, wie heute gerne behauptet wird, zu befördern. Die mit diesen Befragungen verbundene Öffnung auf eine ungewisse Zukunft ist, wie Jacques Derrida in seinen Überlegungen zu einer *démocratie à venir* unterstrichen hat, eine der wesentlichen Eigenschaften einer demokratischen Praxis, die dem immer umstrittenen Namen der Demokratie und damit einer erst noch zu gestaltenden Zukunft die Treue erklärt – nicht zuletzt auch einer Zukunft, die für die Ankunft der und des Anderen offen bleibt.²³

Reichen diese kritischen Befragungen bereits aus, um von demokratischen Praktiken zu sprechen, oder muss noch etwas hinzukommen, das sie erst als demokratisch qualifiziert? Wir haben einerseits bereits festgehalten, dass als politisch-demokratische Infragestellungen nur diejenigen Aktivitäten gelten können, die die Ungewissheit und die damit einhergehende unvermeidliche Pluralität unterschiedlicher Positionen anzuerkennen bereit sind. Dabei

22 Jacques Rancière, *La mésentente. Politique et philosophie*, 35.

23 Vgl. Jacques Derrida, *Politik der Freundschaft*.

hat sich aber andererseits zugleich auch gezeigt, dass diese öffnenden Befragungen ein wesentlicher Bestandteil einer radikal-demokratischen Praxis sind. Die Frage ist also aus demokratietheoretischer Perspektive gar nicht so sehr, was zu diesen Befragungen noch hinzukommen muss, sondern der Hinweis ist wesentlich, dass ihnen nichts *a limine* entzogen werden kann, soll nicht die Möglichkeit demokratischer Interventionen selbst gefährdet werden. Daraus folgt zweierlei: Eine Radikalität von Theorie und Praxis der Demokratie und eine demokratieverbürgende Selbstbeschränkung der Demokratietheorie. Mit James Tully können wir, wie schon im Zuge der Erörterung der befragenden, negativen Kritik sichtbar wurde (vgl. Kap. 2), festhalten, dass eine demokratische kritische Theorie des Politischen eine konzeptuelle Annäherung ihres Selbstverständnisses an die zivilgesellschaftliche Praxis erforderlich macht: Eine von Tullys zentralen Einsichten besteht nämlich darin, dass Theorie und Praxis sich ergänzende Modi kritischer Aktivität²⁴ sind und dass die demokratische Qualität von beiden gerade in der Bereitschaft zur wechselseitigen Befragung besteht. Erst so, durch wechselseitige Offenheit, ergänzen sich theoretische und praktische Perspektiven. Völlig deplatziert, da antipolitisch und antidemokratisch, muss demgegenüber ein Verständnis von Politischer Philosophie und Demokratietheorie erscheinen, das diesen die Aufgabe einer Begründung bestimmter politischer Ordnungen oder auch nur von Verfahren oder Normen zuweist. Wie sich hier mit Rancière argumentieren lässt, handelt es sich bei solchen Theorien im Grunde um Versuche, mit der Politik Schluss zu machen, statt deren demokratische Praxis zu denken.²⁵ Die befragende Radikalität von Theorie und Praxis und die Selbstbeschränkung von Theorie greifen so produktiv ineinander: In dem Maße nämlich, in dem sich

24 Vgl. James Tully, *Politische Philosophie als kritische Praxis*.

25 Vgl. Jacques Rancière, *Das Unvernehmen*, 75. Damit verbindet sich eine umfassende Kritik der ideengeschichtlich über einen langen Zeitraum überlieferten und auch heute noch dominanten Aufgabenbeschreibung Politischer Theorie und Philosophie. Vgl. zu deren Kritik neben den an dieser Stelle schon erwähnten Positionen Rancières und Tullys auch erneut die umfassende Kritik in: Geuss, *Kritik der politischen Philosophie*.

die Perspektive der Theorie von jener Position der Erhabenheit verabschiedet, aus der fatalerweise sogar ganze Entwürfe politischer Ordnungsmodelle als Ziel erscheinen können, kann sie Teil einer kritischen politischen Praxis der steten Befragung gegebener Institutionen, Verfahren, Normen und Semantiken werden, die nicht ein für alle Mal gegeben sind, sondern die wir uns stets aufs Neue geben und zu deren Umarbeitung wir uns immer wieder bereit halten müssen. Konflikt und Dissens über Normen und Verfahren gehören daher konstitutiv zur Praxis der Demokratie.²⁶ Die entscheidende Frage ist deshalb nach meinem Dafürhalten nicht, ob kritische Befragungen zu wenig für das Projekt demokratischen Selbstregierens sind, sondern vielmehr, ob bislang nicht zu wenig radikale Befragungen im Namen einer kommenden radikaldemokratischen Praxis erfolgen.

c. Corona und das Ende der Wahrheitsskepsis?

Setzt das Virus der Wahrheitsskepsis ein Ende? In Anbetracht des Bedarfs nach harter, faktengestützter medizinischer und naturwissenschaftlicher Forschung, der sich angesichts der elementaren Herausforderungen durch die Corona-Pandemie ergibt, könnte sich dieser Eindruck leicht aufdrängen. Wir haben uns weiter oben (vgl. 3.a) bereits mit Einschätzungen beschäftigt, die lange vor der Corona-Krise in der Betonung von Kontingenz und daraus abgeleiteten wahrheitsskeptischen Überlegungen nur Spielereien, ja verantwortungslose Spielereien gesehen haben. Bestätigen sich solche Einschätzungen seit dem Ausbruch der Pandemie? Und wer, so ließe sich im Lichte der Pandemie fragen, will nun noch ernsthaft daran zweifeln, dass es wissenschaftlich objektiv konstaterbare, wahre Fakten gibt, wenn Menschen in großer Zahl an einer Viruserkrankung sterben?

Derlei Einschätzungen haben sich, wie wir ebenfalls oben sehen konnten, allerdings auch schon vor Corona aus einer teilwei-

26 Vgl. *pars pro toto* James Tully, *Anerkennung und Dialog*, 85 und ders., *Die Unfreiheit der Modernen*, 131.